

# Merseburger Correspondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 1,90 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 2,10 Mk.; durch die Post 2,52 Mk. einjähr. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 2,40 Mk. Einzelnummer 10 Pf.

—: Geschäftsstelle: Delgrube 9. —:  
—: Fernsprecher Nr. 324. —:

Anzeigenpreis: Für die einpaltige Fetztzeile oder deren Raum 30 Pf., im Restameteil 75 Pf., Chiffreanzeigen und Nachweisungen 20 Pf. mehr. Platzbeschriftung ohne Verbindlichkeit. Schluss der Anzeigenannahme: 9 Uhr vormittags.

Nr. 31

Mittwoch den 6. Februar 1918

44. Jahrg.

## Auflebende Gefechtsstätigkeit an der Westfront. — Schwere innere Kämpfe in Rußland.

### Der lauernde Feind.

Kriechen nunmehr die Streifbewegung völlig zum Stillstand gekommen ist und die Arbeiter wieder an ihre Maschinen getreten sind, ist es vielleicht nicht falsch, noch einmal in aller Ruhe zu erörtern, wie töricht die Auslandsbewegung gerade unter dem Gesichtswinkel eines möglichst baldigen Friedens gewesen ist. Es ist hinlänglich bekannt, daß nachdem unsere Feinde eingesehen haben, wie völlig aussichtslos es ist, die Mittelmächte militärisch niederzuringen, oder sie durch Aushungern an Nachschubmitteln und an Rohstoffen zur Kapitulation zu zwingen, sie mit verzweifelter Hoffnung darauf lauern, daß der innere Zusammenbruch der bisher die Widerstandsfähigkeit Deutschlands und seiner Bundesgenossen aufrecht erhaltenen Schuttern trug, auseinanderbricht. Es besteht sich von selbst, daß zu solchen Zwecken die Entente als ihre Mittel der Propaganda spielen läßt. Nicht umsonst haben Wilson und Lloyd George immer und immer wieder die Arbeit des Feindes in Deutschland ihre Gewalttätigkeit ausüben soll, als ein besonders verabscheuenswürdiges, menschenfeindliches Übel gebrandmarkt; nicht umsonst haben sie sich an die Abreise des deutschen Volkes gewandt, um es anzukerkern, solche Tyrannis von sich abzuwenden, um irgend frei zu werden und die Reichsregierung nicht verlangen. Das deutsche Volk hat darauf geantwortet, sich von ihnen her das, was es an politischer Freiheit erstrebenswert findet, zutragen zu lassen; es hat davon überzogen und darf es nicht, daß es ihm ohne fremde Hilfe gelangen wird, alle Notwendige aus eigener Kraft zu erwerben.

Die Entente aber hat sich durch solche Abweitung nicht belegen lassen; sie hat vielmehr, nachdem die offene Aufforderung, sich von der Herrschaft der Hohenzollern und des Militarismus loszulösen, bei dem deutschen Volk auf unüberhörlich harten Boden gefallen ist, sich dem politisch unangenehmen, oder gerade darum von ihr vornehmlich gebrauchten Mittel der geheimen Intervention zugewandt. Es liegen viele Beweise dafür vor, daß die Entente durch solche heimliche Kontakte ihre Berührungspunkte mit dem deutschen Volk zu seinen Vorzügen und was ihm nun auch fest davon überzogen sind, daß der weitaus überwiegende Teil des deutschen Volkes sich allen derartigen heimlichen Versuchen gegenüber selbstständig erweist und stets erweisen wird, so wollen wir doch nicht übersehen, daß Bewegungen, wie die der Streikwoge innerhalb von der Entente als ein Erlaß ihrer revolutionierenden Kampfsätze angesehen werden könnten. Schon dies aber wäre als ein Erfolg der gegen uns gerichteten Berührungspunkte zu bewerten. Und darum müssen wir in solchen Zusammenhängen einen neuen und sicherlich nicht geringen Grund sehen, unter allen Umständen vorzugehen, wie wir sie zu erledigen hatten, von uns fern zu halten. Alles, was der Entente auch nur im geringsten den Eindruck erwecken könnte, als ob die Revolutionäre ihrer Sendboten in Deutschland Erfolg habe, muß notwendig den Kriegeser und die Kriegesdauer unseres Feindes steigern. Darum: wer den Krieg abkürzen und die Feinde friedensfertig machen will, darf nicht das Geringste dazu tun, in ihnen den Glauben an einen sich entwickelnden inneren Zusammenbruch der Mittelmächte zu erwecken oder gar zu stärken. Damit ist gesagt, daß allerdings jeder, der noch einmal sich zu einem Streik bereiten läßt, auf das Schwerste die Interessen des Vaterlandes schädigen würde.

### Die fortschrittliche Volkspartei und der Streik.

Am Sonntag haben die Arbeiter fast überall die Arbeit wieder aufgenommen. Hoffentlich unterbleibt jeder Versuch, den Streik von neuem aufleben zu lassen. Dieser Versuch müßte ebenso scheitern, wie der Streik in der vorigen Woche zusammengebrochen ist. Mit Recht hat der

Reichstagsabg. Hoff in der Hauptversammlung des Liberalen Vereins zu Kiel nach der „Kieler Zeitung“ am Sonnabend ausgeführt: Der Streik bedeutet eine Schwächung unserer Front, eine Gefährdung von Leben und Gesundheit unserer tapferen Vaterlandsverteidiger, eine Erhöhung und Gefährdung der Friedensverhandlungen mit Rußland, eine Stärkung und Wiederbelebung des Kriegeswillens unserer Feinde, eine Verlängerung des Krieges und eine Gefährdung einer ruhigen, friedlichen Entwicklung im Innern.

In der bayerischen Kammer der Abgeordneten hat der Reichstagsabg. Dr. Müller-Meininger am Sonnabend nach dem „Münchener Kurier“ erklärt: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der allgemeine Streik als politisches Kampfmittel stets verwerflich ist. Derselbe gefährdet im Kriege die Gesundheit, wenn das eigene Volk in größter Not und Gefahr ist. Wenn nötig der Streik? Dem feindlichen Ausland und der politischen Reaktion: Herr Trost ist gewaltig in der Abfertigung von Lloyd George und Clemenceau entgegen, da seine Volksherrschaft glänzender und verlässlicher Erfolg unter politischen Phantasmen und Lügen hatten, die glauben, daß sie durch solche Streikdemonstrationen den Frieden schaffen könnten. Es gibt kein besseres Mittel, den Siegeswillen der Feinde mehr zu stärken und den Kampfwillen der eigenen Front mehr zu schwächen, als diesen Munitionstreik. Wir hoffen ja, daß der materielle Schaden durch die kurze Streikzeit noch gering ist. Aber der ideelle Schaden ist unabsehbar durch die Stärkung des Glaubens, daß uns in Bälde die Revolution, der innere Zusammenbruch drohe, so daß die Feinde nur noch kurze ungenutzte Augenblicke haben, um die Welt zu erobern. Die Reaktion freut sich. Sie frohlockt über die „Unfreiheit“ dieser „Demokratie“, sie ist ihr ein Beweis gegen das gleiche Wahlrecht. Dazu kommt vor allem: Jehnauende werden aus Angst vor der Größe des rücksichtslosen Vorgehens in die Arme getrieben. Die Sozialdemokratie wird bald sehen, daß auch in ihren Kreisen ein gewaltiger Rückgang erfolgt. Deshalb ist von jedem Standpunkt aus dieser Volksherrschafts-Wortführer in Deutschland ein tiefbedauerndes Ereignis, dessen politische Wirkungen unabsehbar sind.

## Der Weltkrieg.

### Am Ende der Schuld?

In einem längeren Artikel führt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ aus, daß man sich angesichts der Tatheit der Volksherrschaft in West-Europa zu fragen haben werde, ob und welchen Wert Deutschland überhaupt auf den Friedensschluß mit „Nordrußland“ legen müsse. Dort herrsche Anarchie, Auflösung alles Bestehenden, Hunger, unerschwingliche Preise, Terror, so daß Deutschland von Nordrußland bei dem Friedensschluß „weder etwas zu erwarten noch etwas zu fürchten“ habe. Dagegen ist ein Frieden mit der Ukraine viel wertvoller. Das ist ein Land mit natürlichen Bodenschätzen und einer verhältnismäßig hoch entwickelten Industrie.

Der Artikel schließt mit folgenden Worten: Die Zeit zum Handeln und zum Beraten ist nicht mehr allzu lang. Die Mittelmächte müssen Wert darauf legen, daß die Fragen in kurzer Zeit geklärt werden. Wenn man auf der Gegenseite geglaubt hat, bei den Mittelmächten würden sich so starke innere Hemmnisse entwickeln, daß man inoffiziell an der Verschleppungspolitik festhalten könnte, so wird die Heftigkeit dieser Redemanschen unbedenklich sein geworden sein. Unsere Unterhändler haben die Hände frei. Sie werden von dieser Freiheit keinen Gebrauch machen, der den Wünschen unseres Volkes auf Abschluß eines Friedens der Versöhnung und des gegenseitigen Ausgleiches mit den Staaten des früheren russischen Reiches widerspricht.

Trost erkennt die Selbständigkeit Polens nicht an. Sonntag vormittags hielt die deutsch-österreichisch-russische Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen in West-Europa eine weitere Sitzung ab. Staatssekretär v. Rühlmann erklärte zur Frage der Einbindung beim Aufstellung von Vertretern der westlichen Kandidaten zu den Verhandlungen, der frühere Standpunkt der Mittelmächte in dieser Angelegenheit sei vollkommen unverschieblich geblieben. Hinsichtlich der Zustimmung einer Abänderung der polnischen Regierung zu den hiesigen Verhandlungen erklärte Trost: Wir erkennen die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des polnischen Staates im vollen Umfange an. Diese Selbständigkeit ist aber nur eine Scheinbase, so lange Polen unter dem

Regime der Besetzung steht. Wir können nicht diejenigen Vertreter, die durch den Willen der betreffenden Behörden eingesetzt worden sind, als die Vertreter des polnischen Volkes ansehen. Als Bevollmächtigte zur Teilnahme an diesen Verhandlungen könnte er nur eine Vertretung Polens ansehen, welche sich auf die breiten Massen stützen würde.

Staatssekretär v. Rühlmann erwiderte, er wisse nicht, warum der Vorsitzende der russischen Delegation von den westlichen Kandidaten heute die Polen ausgenommen habe, er glaube aber, einen gewissen Fortschritt darin erkennen zu können, daß Herr Trost die Selbständigkeit des polnischen Staates im vollen Umfange anerkannt habe. Wenn Herr Trost auch für die anderen westlichen Kandidaten aufstünde, die Selbständigkeit anerkennen wollte, so würden die Verhandlungen hiermit einen erheblichen Schritt vorwärts kommen.

Mit Verzeigung konstatierte Graf Czernin, daß Trost mit seinen heutigen Erklärungen wenigstens die Existenz und Unabhängigkeit des polnischen Staates anerkannt habe, dagegen vermöge er nicht zuzugeben, daß die Frage, ob die gegenwärtige polnische Regierung den polnischen Staat zu vertreten berechtigt ist, einem Schiedsgericht einer dritten Regierung unterliege.

Weiter bemerkte Trost: Was die Heranziehung polnischer Vertreter betreffe, so erkenne er im vollen Umfange das Recht des polnischen Volkes an, selbständig und unabhängig zu existieren, aber er wolle nicht die Fragen darüber vorbringen, daß dieser polnische Wunsch zugebilligt werden sollte, wenn er nicht durch die von oben her gestiftet werden. Wenn der Staat weder von oben noch von unten ein König habe, dann sei er kein Staat und kein Königreich. Man habe es hier mit noch nicht endgültig gelösten Verhältnissen zu tun.

Minister des Äußern Graf Czernin bemerkte, die Delegation der verhandeltenden Mächte sei nicht hierher gekommen, um einen gegenseitigen Zwangsanzug auszuführen, sondern um zu verhandeln, ob und inwieweit es möglich sei, zu einer Verständigung zu gelangen. Der polnische Staat sei in Entwicklung begriffen und seine Entwicklung sei noch nicht abgeschlossen. Deshalb habe Polen auch noch keine feststehenden Grenzen, aber auch die russische Republik habe noch keine feststehenden Grenzen, was insofern die Mächte des Verbundes nicht hindere, mit der gegenwärtigen russischen Regierung zu verhandeln.

Staatssekretär v. Rühlmann bemerkte, aus der ersten Erklärung Trosts habe er den Beweis gewonnen, als hätte derselbe damit rückhaltlos die Selbständigkeit des polnischen Staates anerkannt. Nun habe aber Herr Trost in einer zweiten Erklärung ausgesprochen, daß Polen ein Staat noch ein Königreich sei. Er müsse doch darauf hinweisen, daß man sich vollständig in die Wolken verlore, wenn man die Grundlagen einer gefundenen juristischen Konstruktion verlässe.

Am Schluß machte Staatssekretär v. Rühlmann Mitteilung davon, daß er gewonnen sei, auf kurze Zeit zu verziehen. Die Zeit seiner Abwesenheit würde durch Verhandlungen von Nacht zu Nacht zwischen den anderen in West-Europa vertretenen Abordnungen auszufüllen sein.

### Die Antwort der Entente.

In einem amtlichen englischen Bericht über die Beschlüsse des Versailler Entente-Kriegsgerichts wird bekanntgegeben, daß der oberste Kriegsrat in seiner Tagung vom 30. Januar bis 2. Februar in Versailles sich eingehend mit den letzten Auslegungen des Reichskanzlers und des Grafen Czernin beschäftigte. Er konnte darin keine Annäherung an die gegenseitigen Bedingungen erkennen, die von den Regierungen der Alliierten aufgestellt worden sind, und entschied, die einzige unmittelbare Aufgabe der Alliierten bestehe darin, mit äußerster Kraftanstrengung die militärischen Bemühungen fortzusetzen, bis ein Stimmungsumschwung bei den feindlichen Regierungen und Willern herbeigeführt werde und den Abschluß eines Friedens ermögliche. Der oberste Kriegsrat beschäftigte sich des Weiteren mit der geschlossenen und wirksamen Zusammenfassung aller Vorträge, die gegen die Mittelmächte kämpfenden Länder unter Leitung des Kriegsministers. Der Wirkungskreis der Räte wurde erweitert. Es kam zu einer vollen Einmütigkeit sowohl hinsichtlich der militärischen Politik wie hinsichtlich der zu ihrer Ausführung nötigen Maßnahmen.











# Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 1,90 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 2,10 Mk.; durch die Post 2,52 Mk. einschl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 2,40 Mk. Einzelnummer 10 Pf.

—: Geschäftsstelle: Delgrube 9. —:  
—: Fernsprecher Nr. 324. —:

Anzeigenpreis: Für die einpaltige Zeile ober dem Raum 30 Pf., im Restameteil 75 Pf., Chiffrenzeilen und Nachweilungen 20 Pf. mehr. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigenannahme: 9 Uhr vormittags.

Nr. 31

Mittwoch den 6. Februar 1918

44. Jahrg.

## Auflebende Gefechtsfähigkeit an der Westfront. — Schwere innere Kämpfe in Rußland.

### Der lauernde Feind.

Nachdem nunmehr die Streifbewegung völlig zum Stillstand gekommen ist und die Arbeiter wieder an ihre Maschinen getreten sind, ist es vielleicht nicht falsch, noch einmal in aller Ruhe zu erörtern, wie tödlich die Ausfallbewegung gerade unter dem Gesichtswinkel eines möglichst baldigen Friedens gewesen ist. Es ist hinlänglich bekannt, daß nachdem unsere Feinde eingesehen haben, wie völlig aussichtslos es ist, die Mittelmächte militärisch zu unterwerfen, und sie durch Anlagerung an Nachbarmächten und an Rohstoffen zur Kapitulation zu zwingen, sie mit verfeinelter List darauf lauern, daß der innere Zusammenbruch, der bisher die Widerstandsfähigkeit Deutschlands und seiner Bundesgenossen auf eiserne Schultern trug, auseinanderreißt. Es versteht sich von selbst, daß zu solchem Zwecke die Entente all ihre Mittel der Propaganda spielen läßt. Nicht unwissend haben Wilson und Lloyd George immer und immer wieder die Antokratie, die angeblich in Deutschland ihre Gewalttätigkeit ausüben soll, als ein besonders verabscheuenswürdiges, menschenfeindliches Übel gebrandmarkt; nicht unwissend haben sie sich an die Adresse des deutschen Volkes gewandt, um es aufzurufen, solche Tyrannis von sich abzuwerfen. Und doch ist es anzunehmen, daß die Entente sich nicht nur von außen her, sondern auch von innen her zu vernehmen. Das deutsche Volk hat darauf verzichtet, sich von außen her das, was es an politischer Freiheit erstrebenswert findet, zuzulegen zu lassen; es hat davon verzichtet und darf es sein, daß es ihn ohne fremde Hilfe gelangen wird, alles Notwendige aus eigener Kraft zu erwerben.

Die Entente aber hat sich durch solche Anweisung nicht bekehren lassen; sie hat vielmehr, nachdem die offene Aufforderung sich von der Herrschaft der Hohenzollern und des Militarismus loszusagen, bei dem deutschen Volk auf unüberdringlich harten Boden gefallen ist, sich dem politisch unanständigen, aber gerade darum von ihr vornehmlich gebrauchten Mittel der geheimen Unterminierung zugewandt. Es liegen viele Beweise dafür vor, daß die Entente durch zahlreiche dunkle Kontakte

Reichstagsabg. Hoff in der Hauptversammlung des Liberalen Vereins zu Kiel nach der „Kielser Zeitung“ am Sonnabend ausgeführt: Der Streik bedeutet eine Schwächung unserer Front, eine Gefährdung von Leben und Gesundheit unserer tapferen Vaterlandsverteidiger, eine Erschöpfung und Gefährdung der Friedensverhandlungen mit England, eine Entzweiung und Wiederbelebung des Kriegswillens unserer Feinde, eine Verlängerung des Krieges und eine Gefährdung einer ruhigen, friedlichen Entwicklung im Innern.

In der bayerischen Kammer der Abgeordneten hat der Reichstagsabg. Dr. Müller-Meinungen am Sonnabend nach dem „Frankfurter Kurier“ erklärt: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der allgemeine Streik als politisches Kampfmittel stets verwerflich ist. Dreifach gefährlich im Kriege! Je nach dem Erfolg, wenn das eigene Volk in größter Not und Gefahr ist. Wem nützt der Streik? Dem feindlichen Ausland und der politischen Reaktion. Herr Trocki ist gewaltig in der Achtung von Lloyd George und Clemenceau gelegen, da seine Volkswirtschaftler glänzender und verblüffender Erfolg unter politischen Panatzen und Toren hatten, die glauben, daß sie durch solche Streikdemonstrationen den Frieden schaffen könnten. Es gibt kein besseres Mittel, den Siegeswillen der Feinde mehr zu stärken und den Kampfwillen der eigenen Front mehr zu schwächen, als diesen Wanktionsstreik. Wir hoffen ja, daß der materielle Schaden durch die kurze Streikzeit noch gering ist. Aber der ideelle Schaden ist unabsehbar durch die Stärkung des Glaubens, daß uns in Folge der Revolution, der innere Zusammenbruch drohe, so daß die Feinde nur noch kurze Augenblicke zu erwarten sind. Dieser Streik eine große Gefahr. Die Reaktion freut sich. Sie frohlockt über die „Unreife“ dieser „Demokratie“, sie ist ihr ein Beweise gegen das gleiche Wahlrecht. Dazu kommt vor allem: Zehntausende werden aus Angst vor der Straße den rückwärtigen Parteien in die Arme getrieben. Die Sozialdemokratie wird bald sehen, daß auch in ihren Kreisen ein gewaltiger Rückschlag erfolgt. Deshalb ist von jedem Standpunkt aus dieser Volkswirtschafts-Streik in Deutschland ein tiefgefährliches Ereignis, dessen politische Wirkungen unabsehbar sind.

### Der Weltkrieg.

#### Am Ende der Schuld?

In einem längeren Artikel führt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ aus, daß man sich angesichts der Tatheit der Volkswirtschaft in West-Europa zu fragen haben werde, ob und welchen Wert Deutschland überhaupt auf den Friedensschluß mit Nordrußland legen müsse. Dort herrsche Armut, Auflösung aller Beziehungen, Hunger, unerwünschte Feste, Terror, so daß Deutschland von Nordrußland bei dem Friedensschluß weder etwas zu erwarten noch etwas zu fürchten“ habe. Dagegen ist ein Frieden mit der Ukraine viel wertvoller. Das sei ein Land mit natürlichen Bodenschätzen und einer verhältnismäßig hoch entwickelten Industrie.

Der Artikel schließt mit folgenden Worten: Die Zeit von Fensler und zum Verfall ist nicht mehr allzu lang. Die Mittelmächte müssen Wert darauf legen, daß die Fragen in kurzer Zeit geklärt werden. Wenn man auf der Gegenseite gelaugt hat, bei den Mittelmächten würden sich so starke innere Hemmungen entwickeln, daß man ungefähr an der Verschleppungslastit festhalten könnte, so wird die Selbstständigkeit dieser Rechnung unabweisbar für geworden sein. Unsere Unterhändler haben die Hände frei. Sie werden von dieser Freiheit keinen Gebrauch machen, der den Wünschen unseres Volkes auf Abschluß eines Friedens der Veröhnung und des gegenseitigen Ausgleiches mit den Staaten des früheren russischen Reiches widerspricht.

Trocki erkennt die Selbstständigkeit Polens nicht an. Sonntag vormittags hielt die deutsch-österreichisch-russische Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen in Brüssel-Konvent eine weitere Sitzung ab. Staatssekretär v. Kühlmann erklärte zur Frage der Einladung bzw. Zulassung von Vertretern der westlichen Mandatanten zu den Verhandlungen, der frühere Standpunkt der Mittelmächte in dieser Angelegenheit sei vollkommen unverändert geblieben. Hinsichtlich der Zulassung einer Abordnung der polnischen Regierung zu den bisherigen Verhandlungen erklärte Trocki: Wir erkennen die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit des polnischen Staates in vollen Umfang an. Diese Selbstständigkeit ist aber nur eine Scheinbaze, so lange Polen unter dem

Regime der Besatzung steht. Wir können nicht diejenigen Vertreter, die durch den Willen der beliehenden Behörden eingesetzt worden sind, als die Vertreter des polnischen Volkes ansehen. Als Bevollmächtigte zur Teilnahme an diesen Verhandlungen könnte er nur eine Vertretung Polens ansehen, welche sich auf die breiten Massen stützen würde.

Staatssekretär v. Kühlmann erwiderte, er wisse nicht, warum der Vorsitzende der russischen Delegation von den westlichen Mandatanten heute die Polen ausgeschlossen habe, er glaube aber, einen gewissen Fortschritt darin erkennen zu können, daß Herr Trocki die Selbstständigkeit des polnischen Staates im vollen Umfang anerkannt habe. Wenn Herr Trocki auch für die anderen westlichen Mandatanten Rußlands die Selbstständigkeit anerkennen wollte, so würden die Verhandlungen hiermit einen erheblichen Schritt vorwärts kommen.

Mit Berücksichtigung kommittierte Graf Czernin, daß Trocki mit seinen heutigen Erklärungen wenigstens die Grundsätze und die Selbstständigkeit des polnischen Staates anerkannt habe, dagegen vermöge er nicht zuzugeben, daß die Frage, ob die gegenwärtige polnische Regierung den polnischen Staat zu vertreten berechtigt sei, einem Schiedsgericht einer dritten Regierung unterliege.

Weiter bemerkte Trocki: Was die Veranziehung polnischer Vertreter betreffe, so erkenne er im vollen Umfang das Recht des polnischen Volkes an, selbständig und unabhängig zu existieren, aber er wolle nicht die Augen davor verschließen, daß dieser polnische Wunsch gegenwärtig nur mit Unterstützung der Entente wegen dürfte, die ihr von oben her gestiftet wurden. Wenn der Staat weder Grenzen noch einen König habe, dann sei er kein Staat und kein Königreich. Man habe es hier mit noch nicht endgültig geschlossenen Beschlüssen zu tun.

Minister des Innern Graf Czernin bemerkte, die Delegation der verhandelnden Mächte lie nicht hierbei gekommen, um einen geistigen Zweikampf anzufachen, sondern um zu versuchen, ob und inwiefern es möglich sei, zu einer Verständigung zu gelangen. Der polnische Staat sei in Erwählung begriffen und seine Erwählung sei noch nicht abgeschlossen. Deshalb beste Polen auch noch keine feststehenden Grenzen, aber auch die russische Republik habe noch keine feststehenden Grenzen, was insofern die Mächte des Vierbundes nicht hindere, mit der gegenwärtigen russischen Regierung zu verhandeln.

Staatssekretär v. Kühlmann bemerkte, aus der ersten Erklärung Trockis habe er den Eindruck gewonnen, als hätte derselbe damit rückwärtlos die Selbstständigkeit des polnischen Staates anerkannt. Nun habe aber Herr Trocki in einer zweiten Erklärung ausgeführt, daß Polen mangels fester Grenzen und mangels eines Königs weder ein Staat noch ein Königreich sei. Er müsse doch darauf bestehen, daß man sich vollständig in die Absichten der Entente verleihe, wenn man die Grundlagen einer gemeinsamen juristischen Konstruktion verleihe.

Am Schluß machte Staatssekretär v. Kühlmann Mitteilung davon, daß er gezeugen sei, auf kurze Zeit zu verreisen. Die Zeit seiner Abwesenheit würde durch Verhandlungen von Nach zu Nach zwischen den anderen in Brüssel-Konvent vertretenen Abordnungen ausgefüllt sein.

#### Die Antwort der Entente.

In einem amtlichen englischen Bericht über die Beschlüsse des Versailler Entente-Kriegsstaats wird bekanntgegeben, daß der oberste Kriegsrat in seiner Tagung vom 30. Januar bis 2. Februar in Versailles sich eingehend mit den letzten Auseinandersetzungen des Reichskanzlers und des Grafen Czernin beschäftigt. Er konnte darin keine Annäherung an die gegenseitigen Bedingungen erkennen, die von den Regierungen der Alliierten aufgestellt worden sind, und entschied, die einzige unmittelbare Aufgabe der Alliierten bestehe darin, mit äußerster Kraftanstrengung die militärischen Bemühungen fortzuführen, bis ein Einstimmigbescheid bei den feindlichen Regierungen und Völkern hervorgerufen werde und den Abschluß eines Friedens ermögliche. Der oberste Kriegsrat beschloß sich des weiteren mit der geistlichenen und wirksamen Zusammenfassung aller Anstrengungen der gegen die Mittelmächte kämpfenden Völker unter Leitung des Kriegsrates. Der Wirkungsvollen der Mächte wurde erweitert. Es kam zu einer vollen Einstimmigkeit sowohl hinsichtlich der militärischen Politik wie hinsichtlich der zu ihrer Ausführung nötigen Maßnahmen.

